



Presseschau vom 08.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Wolfgang Bittner: Die Wahrheit über die Ukraine und die Frage: Was schulden wir ihr überhaupt?

Am 24. Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Seither tummeln sich in den deutschen Medien ukrainische Politiker, die Ansprüche stellen und die deutsche Regierung beleidigen, weil sie den Forderungen nicht in ausreichendem Maße nachkomme. Inzwischen fragen sich nicht wenige Menschen, warum Deutschland der Ukraine überhaupt irgendetwas schulden sollte. ...

<https://kurz.rt.com/2wp5> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Ukraine nutzt Musks "Starlink" für Angriffe auf russische Streitkräfte – US-Militär für Spionage

Die Privatisierung des Krieges findet nicht nur bei Söldnern Anklang – auch die technologische Kriegsmaschinerie wird zunehmend in die Hände von US-Milliardären gelegt. Der US-Regierung dient es, kann sie doch nunmehr ihre Beteiligung an Konflikten wie dem in der Ukraine leugnen. ...

<https://kurz.rt.com/2wnc> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wie die Tagesschau lehrt, Nazis zu lieben

Wie macht man aus blutbesudelten Bandera-Anhängern Sympathieträger? Ganz einfach, man erklärt die Russen zu Nazis. Die Tagesschau arbeitet daran, unter Einsatz aller denkbaren Tricks. Mit jedem Schritt wird ein weiteres Stück Demokratie in Deutschland dem antirussischen Wahn geopfert. ...

<https://kurz.rt.com/2wpt> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Nahm die Ukraine einen "großen Krieg" mit Russland als Preis für den NATO-Beitritt in Kauf?

Kam der ukrainischen Führung die militärische Auseinandersetzung mit Russland gelegen? Ein Militärberater von Präsident Selenskij prophezeite schon vor drei Jahren einen "großen Krieg" mit dem Nachbarn – sogar bis ins Detail. Aus seiner Sicht war dieser unvermeidlich und für eine NATO-Perspektive keineswegs unerwünscht. ...

<https://kurz.rt.com/2woz> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Verabscheuungswürdige Aktion" – Sowjetisches Ehrenmal in Berlin geschändet

Das Sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow ist mit Parolen und roter Farbe beschmiert worden. Die Russische Botschaft in Berlin verurteilte den Akt und teilte mit, man sei "zutiefst empört über den eklatanten Vandalismusakt". ...

<https://kurz.rt.com/2wrh> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

22:16 de.rt.com: Lawrow: Ukraine veränderte Entwürfe zum Friedensabkommen in Bezug auf Halbinsel Krim

Die Ukraine weiche in einem neuen Entwurf des Friedensabkommens von früheren Vereinbarungen ab, teilte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag mit.

Ihm zufolge habe die ukrainische Seite ihre Position in Bezug auf die Halbinsel Krim geändert.

Die Entwürfe zum Friedensabkommen, die die Ukraine Russland am 6. April vorgelegt hat, weichen von den Vorschlägen bei den Friedensgesprächen in Istanbul ab, sagte Russlands Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag.

So habe die Ukraine zuvor zugesagt, dass die besprochenen Sicherheitsgarantien für die Krim nicht gelten würden. In der neuen Version des Abkommens fehle diese Klausel aber. Statt klarer Festlegungen würden "vage Formulierungen" angeboten. Ferner sagte er:

„Die Nichtverhandelbarkeit kennzeichnet einmal mehr die wahren Absichten Kiews, seine Linie, Verhandlungen zu verzögern und sie sogar zu untergraben, indem von den getroffenen Vereinbarungen abgewichen wird.“

Die Ukraine werde von Washington und seinen Verbündeten kontrolliert, die Präsident Wladimir Selenskij dazu drängen, die Feindseligkeiten fortzusetzen, mutmaßte Lawrow in einem Videokommentar, der auf der Webseite des russischen Außenministeriums veröffentlicht wurde. Trotzdem sollten die Verhandlungen fortgesetzt werden, betonte der Minister.

Darüber hinaus sagte der Chefdiplomat, dass in der vorherigen Version des Dokuments vereinbart war, dass alle Militärübungen, an denen ausländische Kontingente beteiligt sind, nur mit Zustimmung aller Schutzmächte, einschließlich Russlands, durchgeführt werden. In dem gestern eingegangenen Vertragsentwurf gehe es jetzt nicht mehr um alle Schutzmächte, sondern um die Mehrheit der Länder. Russland werde dabei nicht explizit genannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ef3ac48fbef5282090afb.jpg>

22:18 de.rt.com: **Polens Präsident Andrzej Duda sieht im Dialog mit Russland keinen Sinn – nur in Ultimaten**

Polen hat neue Vorschläge zum Umgang der Europäischen Union mit Russland vorgelegt. Laut dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda sei es der einzige richtige Weg, die Ukraine militärisch zu unterstützen und Russland mit Sanktionen zu belegen und ultimativ zu behandeln.

Die einzige Art der diplomatischen Beziehungen, die westliche Staaten mit Russland haben sollten, seien ultimative Forderungen. Dies hat der polnische Präsident Andrzej Duda erklärt. Damit verteidigte Duda die Position von Premierminister Mateusz Morawiecki, der einige europäische Staatsoberhäupter, insbesondere den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dafür kritisiert hatte, dass sie die diplomatischen Kanäle mit Russland offen halten. Morawiecki verglich seinerseits den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Adolf Hitler, Josef Stalin und Pol Pot und betonte, man solle mit solchen Führern gar nicht reden. Duda wörtlich:

"Der Dialog mit Russland hat keinen Sinn. Man soll Wladimir Putin sehr harte Bedingungen

stellen. Man soll sagen: 'Wenn Sie diese Bedingungen nicht erfüllen, haben wir nichts zu besprechen.' "

Er forderte mehr Militärhilfe für die Ukraine und schärfere Sanktionen gegen Russland. Mit Russland zu reden, ohne etwas zu erreichen, "ist nur ein Spiel, mit dem Russland Zeit gewinnen will", so Duda. Andrzej Duda erklärte, er hoffe, dass niemand länger in der "internationalen Gemeinschaft jemals mit Putin reden und ihn als anständigen und fairen Führer oder einfach als Politiker betrachten wird".

Polens immer stärkere Feindseligkeit gegenüber Russland wird nicht von allen EU-Ländern geteilt. Macron reagierte bereits auf die Kritik durch Morawiecki, indem er sie als "unbegründet und skandalös" bezeichnete.

Ungarn wandte sich ebenfalls gegen die Bestrebungen, Russland zu isolieren. Der frisch wiedergewählte Ministerpräsident Viktor Orbán erklärte am Mittwoch, er habe die Staats- und Regierungschefs Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine zu einem Gipfeltreffen nach Budapest eingeladen.

Polen ist seit Langem einer der lautstärksten Befürworter der Isolation von Russland. Die beiden Länder pflegen seit Langem in unterschiedlicher Form "turbulente" Beziehungen. Umfragen zeigen, dass antirussische Gefühle unter polnischen Bürgern weit verbreitet sind. Die Aufrufe, Putin wie Hitler zu behandeln, eskalierten, nachdem Kiew die russischen Truppen beschuldigt hatte, in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen zu haben. Moskau bezeichnete diese Anschuldigungen als falsch und sagte, deren eigentlicher Zweck sei es, die Friedensgespräche zwischen den beiden Staaten zum Scheitern zu bringen.

Die Regierung in Warschau schloss sich dagegen den Behauptungen aus Kiew an, dass die russischen Truppen angeblich einen Völkermord begehen würden. "Das Ziel dieser Invasion ist einfach die Auslöschung der ukrainischen Nation", so behauptet Duda. Eine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe fand jedoch bisher nicht statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f001f48fbef4f0e1fa879.jpg>

22:50 de.rt.com: **Lettisches Parlament erklärt 9. Mai zum Gedenktag für getötete Ukrainer**

Das lettische Parlament, die Saeima, hat den 9. Mai zum nationalen Gedenktag für die in der Ukraine getöteten Menschen erklärt.

Der 9. Mai (als Tag des Sieges über Hitler-Deutschland) ist zugleich ein gesetzlicher Feiertag in Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Guernsey, Jersey, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland, Serbien und Weißrussland.

In Frankreich, Tschechien und der Slowakei wird der Sieg am 8. Mai gefeiert. Nun sind am 9. Mai in Lettland Massenveranstaltungen und Feiern verboten. Auch Feuerwerke sind am 8. und 9. Mai im ganzen Land verboten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f45a948fbef5282090b40.jpg>

0:38 (23:38) ria.ru: **Vučić erklärte, warum Serbien das Einfrieren der Teilnahme Russlands am UNHRC unterstützte**

Serbien habe dafür wegen drohender Sanktionen gegen sich selbst gestimmt, die Mitgliedschaft Russlands im UN-Menschenrechtsrat auszusetzen, sagte Präsident Aleksandar Vučić.

Zuvor hatte die UN-Generalversammlung dafür gestimmt, Russlands Teilnahme am UNHRC aufgrund der Ereignisse in der Ukraine auszusetzen. Unter anderem Serbien unterstützte die Resolution. Durch die Entscheidung wurde Russland das Stimm- und Rederecht im Rat entzogen. Als Reaktion darauf kündigte Moskau seinen Rückzug aus dem HRC an.

"Nicht nur wegen dieser Abstimmung gibt es Fragen. Die Leute fragen, warum wir nicht dagegen gestimmt haben oder warum wir uns nicht enthielten. Aber wenn wir uns enthalten hätten, würde der eine und der andere gegen uns sein, der Druck wäre noch größer."

Gleichzeitig wurde eine Entscheidung über das Schicksal Serbiens getroffen – werden wir heute eine Ausnahme vom Sanktionspaket für Öl sein“, sagte Vučić im serbischen Radio und Fernsehen.

Er erinnerte daran, dass die zuvor von der Europäischen Union verhängten Sanktionen Serbien erlauben, bis zum 15. Mai Öl zu importieren, und "danach nicht mehr aus Russland oder sonst woher, weil Gazprom Neft der Haupteigentümer der serbischen Ölindustrie (NIS) ist".

"Wir werden jeden Moment von dem bedroht, was die kroatische Presse einen ‚Atomschlag‘ gegen Serbien nennt. Sie sprechen nicht von echten Atomraketen, sondern von Sanktionen gegen Serbien und der Unterbrechung seines europäischen Weges", sagte der Präsident.

Vučić wiederholte auch, dass Serbien das einzige Land in Europa ist, das keine Sanktionen gegen Russland verhängt hat. Gleichzeitig wiederholte er mehrmals, dass Belgrad selbst nicht getroffen werden sollte, um dem außenpolitischen Druck standzuhalten und das Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten.

Vučić sagte im März, dass die neuen Maßnahmen des EU-Rates zum Energiesektor Russlands nicht den Interessen Moskaus oder Brüssels schaden, sondern denen Serbiens. Nach Angaben des serbischen Präsidenten haben sich die Europäer die Möglichkeit gelassen, mit Gazprom Neft auf ihrem Territorium zusammenzuarbeiten und aus Russland zu importieren, aber Drittländer, in denen Öltraffinerien oder Unternehmen im Besitz von Russen sind, werden kein Öl exportieren und importieren können.

Der staatliche Betreiber der JANAF-Ölpipeline, die Rohstoffe für die serbische Ölindustrie durch Kroatien liefert (NIS, Gazprom Neft besitzt 65,15%), kündigte die Einstellung der Ölförderung ab dem 15. Mai auf unbestimmte Zeit bis zur Aufhebung der fälligen Sanktionen an zu Veranstaltungen in der Ukraine. Im Januar unterzeichnete NIS einen neuen

Jahresvertrag mit JANAf, das russische Rohstoffe aus dem Hafen von Omišalj in Kroatien über 3,2 Millionen Tonnen liefert.

In einer Ansprache an die Bürger am 2. März sagte der serbische Präsident Aleksandar Vucic, dass die serbischen Behörden 4 der 13 Punkte der UN-Resolution unterstützten, in denen Russlands Vorgehen in der Ukraine verurteilt wird – diejenigen, die keine Sanktionen und die Veräußerung des Eigentums russischer Unternehmen in der Ukraine beinhalten. Die Krise durch die Feindseligkeiten in der Ukraine habe dramatische Auswirkungen auf das unter enormen außenpolitischen Druck geratene Serbien.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/18/1760596340_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_9_016c1ed00cb88b6988977696f0c0a62.jpg

vormittags:

6:30 de.rt.com: Russland nennt Zeitrahmen für Erholung der Wirtschaft von Sanktionen

Der russische Premierminister Michail Mischustin hat mitgeteilt, wie viel Zeit die russische Wirtschaft in Anspruch nehmen können, um sich von den westlichen Sanktionen zu erholen. Laut Mischustin braucht Russland dafür mindestens sechs Monate.

Die russische Wirtschaft befindet sich in der schwierigsten Situation seit drei Jahrzehnten, aber der Westen werde mit seinen Versuchen, das Land zu isolieren, keinen Erfolg haben.

Dies verkündete der russische Ministerpräsident Michail Mischustin am Donnerstag vor der Staatsduma. Er teilte zudem mit, dass die russische Wirtschaft mindestens sechs Monate brauchen werde, um sich von den Auswirkungen der beispiellosen Welle westlicher Sanktionen zu erholen.

"Die Wirtschaft braucht Zeit, um sich umzustellen. Es ist unmöglich, bei einem solchen Schlag nicht mindestens sechs Monate Zeit für den Wiederaufbau zu brauchen."

Weiter hieß es, dass die Regierung alle möglichen Maßnahmen ergreife, um Unternehmen zu unterstützen, neue Produktionsketten zu schaffen und die Beschäftigung zu fördern.

Die Unternehmen müssten ihrerseits ihre Fähigkeiten angemessen bewerten, so der russische Ministerpräsident. Die Situation biete Raum für neue Geschäftsmöglichkeiten, da ausländische Unternehmen, die Russland verlassen, Platz für andere schufen.

Außerdem habe Moskau Verbündete und Partner, mit denen es weiterhin zusammenarbeiten werde, und es gebe Leute, die in Russland Geschäfte machen wollen. Die Behörden werden weiterhin Investoren, auch ausländische, unterstützen und planen, die Zusammenarbeit mit den Partnern der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU) zu verstärken, so Mischustin. Er betonte:

"Dies ist ein starker Anreiz, entweder eine vollständige Importsubstitution in unserem Land

zu prüfen und zu organisieren oder neue Ketten in befreundeten Ländern zu finden. Wir verstehen das sehr gut, und unsere gesamte Politik ist darauf ausgerichtet."

Zuvor hatte der russische Ministerpräsident darauf hingewiesen, dass gegen Russland nun ein regelrechter Wirtschaftskrieg geführt werde und dass Regierung und Parlament vor "historischen Herausforderungen" stünden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624f2b98b480cc60ee5d1527.jpg>

8:23 de.rt.com: **Pentagon: Das russische Militär nimmt den Hörer nicht ab**

Zwischen den Militärs Russlands und der USA gibt es seit Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine kaum Kontakt, so der US-Verteidigungsminister am Donnerstag bei einer Senatsanhörung. Man werde jedoch versuchen, mit der russischen Regierung zu sprechen.

Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine haben US-Militärs keinen Kontakt zu ihren Amtskollegen in Moskau. Das erklärte der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin am Donnerstag bei einer Anhörung des Streitkräfteausschusses im US-Senat.

Austin und Mark Milley, US-General und Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, hätten sich seit Mitte Februar persönlich wiederholt an ihre Partner in Russland gewandt, "um sicherzustellen, dass wir einen Dialog führen." Der Pentagon-Chef fügte hinzu:

"Das war nicht sehr erfolgreich, weil die Russen nicht geantwortet haben."

Austin zeigte sich zwar enttäuscht darüber, hob jedoch hervor:

"Das bedeutet nicht, dass wir aufhören werden, sie anzusprechen. Ich denke, wir müssen in der Lage sein, mit der russischen Führung zu sprechen."

Der US-Verteidigungsminister war vor den US-Senat geladen worden, um Fragen zum beantragten Pentagon-Budget für 2023 zu beantworten, dem größten in der Geschichte der USA.

Bei einer Pressekonferenz am 30. März räumte Pentagon-Sprecher John Kirby ein, dass es "keine Gespräche" mit dem russischen Militär gegeben habe. Er erklärte aber, dass das Pentagon "bereit sei, diese Gespräche zu führen", nachdem ein Reporter gefragt hatte, ob Washington "in Kontakt" mit der russischen Militärführung stehe. Kirby fügte hinzu:

"Das ist eine Straße, die in beide Richtungen führt. Die Russen müssen bereit sein, den Hörer abzunehmen. Und bisher waren sie dazu nicht bereit."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624fc4db48fbef4e661048d5.jpg>

8:55 de.rt.com: Kiew: Alle Männer, die die Ukraine seit 24. Februar verlassen haben, werden bei ihrer Rückkehr festgenommen

Die ukrainischen Behörden haben angekündigt, alle Männer, die aus der Ukraine seit Beginn der russischen Militäration am 24. Februar ausgereist sind, bei ihrer Rückkehr ins Land festzunehmen. Sie würden den Strafverfolgungsbehörden erklären müssen, über welche Grenzübergänge und auf der Grundlage welcher Rechtsnormen es ihnen gelungen sei, die Ukraine zu verlassen. Dies verkündete Alexei Danilow, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, dem Telegram-Kanal "Operation Z: Die Kriegsberichte des russischen Frühlings".

Danilow fügte hinzu, dass alle ausgereisten Ukrainer von den lokalen Migrationsbehörden erfasst worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624fdb4748fbef4f0e1fa8da.jpg>

9:30 de.rt.com: Kiew kündigt Verstaatlichung russischen Eigentums in der Ukraine als "Entschädigung für militärische Verluste" an

Kiew wird sämtliches russisches Eigentum in der Ukraine verstaatlichen, die im Laufe des Ukraine-Krieges erlittenen Verluste auszugleichen. Dies teilte der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal mit. Er sagte dem Fernsehsender Rada:

"Natürlich werden wir alles russische Eigentum verstaatlichen, um einen Teil der Verluste, die Russland uns zufügt, zu kompensieren."

Schmygal zufolge sei die entsprechende Gesetzesgrundlage bereits verabschiedet und die

entsprechenden Vorgänge in die Wege geleitet worden. Der Premierminister brachte auch seine Hoffnung zum Ausdruck, Gelder aus den im Ausland eingefrorenen russischen Vermögenswerten zu erhalten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/624fe2dfb480cc4f3b71dfd8.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 8.4.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 250 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden **23 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 43 Wohnhäuser, 3 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 73 ukrainische Nationalisten, 11 Feuerpunkte, davon drei von Mörsermannschaften, 2 Panzerfahrzeuge, einen Schützenpanzer und einen Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 120mm-Mörser und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

11 Soldaten der 56., 54. und 25. Brigade haben freiwillig die Waffen niedergelegt und sind auf die Seite der Donezker Volksrepublik übergegangen.

Ich wende mich an die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und rufe dazu auf, dem Beispiel ihrer Kameraden zu folgen und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn Sie freiwillig die Waffen niederlegen, retten Sie Ihr Leben.

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 08.04.2022

Bei den Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

34 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

12 Fahrzeuge.

Außerdem hat unserer Aufklärung festgestellt, dass **in Kremennaja eine Gruppe ukrainischer und ausländischer Medien eingetroffen ist, um inszenierte Reportagen über einen angeblichen Beschuss eines Fahrzeugs mit Kranken und Verletzten, die in eine medizinische Einrichtung evakuiert werden, durch Soldaten der Volksmiliz der LVR zu erstellen.**

Der Gegner setzt den Terror gegen die friedliche Bevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 37 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm auf Donezkij und Kalinowo abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner den Beschuss auf Donezkij unter Einsatz von 122mm-Artilleriegeschützen fortgesetzt.

Durch Beschuss

- wurde **in Kalinowo ein Mann, geb. 1956, verletzt** und 5 Wohnhäuser wurden beschädigt;

- wurde in Donezkij ein Wohnhaus zerstört.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen aus das Feuer erfolgte, operativ bestimmt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien fort.

10:10 de.rt.com: **USA verhängen Sanktionen gegen weltgrößtes Diamantenförderunternehmen**

Die Vereinigten Staaten haben eine weitere Reihe von Sanktionen gegen Moskau verhängt. Diesmal sind staatliche Unternehmen im Visier. Unter den Betroffenen befindet sich eines der größten Bergbauunternehmen der Welt und Russlands führendes Schiffbauunternehmen. Am Donnerstag gaben die Finanz- und Außenministerien der Vereinigten Staaten neue Sanktionen gegen Russland bekannt. Die Embargos würden die russische Bergbaugesellschaft Alrosa und die United Shipbuilding Corporation betreffen, hieß es. Brian Nelson, Unterstaatssekretär für Terrorismus und Finanzermittlung im US-Finanzministerium, erklärte: "Diese Sanktionen werden weiterhin Druck auf die Hauptakteure ausüben, die Russlands unprovokierten Krieg ermöglichen und finanzieren."

Bemühungen, "den Zugang des Kremls zu Vermögenswerten zu beschränken", würden fortgesetzt, so Nelson.

Gemessen am Volumen ist Alrosa der größte Diamantenförderer der Welt und für etwa 90 Prozent der russischen Kapazitäten verantwortlich. Allein im vergangenen Jahr beliefen sich die Exporte des Unternehmens auf mehr als 4,5 Milliarden US-Dollar. Im Rahmen einer vor etwas mehr als einem Jahr in den USA erlassenen Verordnung wurde das Unternehmen bereits als potenzieller Kandidat für Sanktionen genannt.

Die United Shipbuilding Corporation, die angeblich "fast alle russischen Kriegsschiffe" baut, wurde vom US-Außenministerium zusammen mit 28 Tochterunternehmen und acht Personen im Vorstand des Unternehmens gesondert sanktioniert.

Infolgedessen werden alle in den USA befindlichen Immobilien der beiden Unternehmen und ihrer Tochtergesellschaften beschlagnahmt, so das US-Finanzministerium weiter. Es wurde darauf hingewiesen, dass US-amerikanische Staatsbürger keine Geschäfte mit den

betreffenden Unternehmen tätigen dürfen.

Die Maßnahmen folgen auf eine Reihe von bereits zuvor verhängten Sanktionen, die die US-Regierung und eine Reihe westlicher Verbündeter in jüngster Zeit gegen Moskau verhängt haben. Diese zielen darauf ab, "Russlands Wirtschaft zu lähmen und zu isolieren".

Am Donnerstag hatte die Europäische Union für ein vollständiges Embargo gegen russische Energielieferungen gestimmt. Der Vorschlag wurde mit einer überwältigenden Mehrheit von 513 zu 22 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Allerdings ermöglicht die nicht bindende Resolution den EU-Mitgliedsstaaten eine Umgehung der Sanktionen. Insbesondere Länder, die weiterhin von Öl, Gas oder Kohle aus Russland abhängig sind, könnten hiervon Gebrauch machen.

Auch Washington hatte ein vollständiges Einfuhrverbot für Kohle, Gas und Öl aus Russland verhängt, wobei das Weiße Haus erklärte, die USA sollten "ihre kollektive Abhängigkeit von russischer Energie verringern und den Druck auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin erhöhen". Am Donnerstag haben die US-Senatoren das Embargo in zwei getrennten Abstimmungen angenommen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624fe486b480cc4ee12c8757.jpg>

10:10 de.rt.com: **Russisches Militär zerstört ukrainisches Zentrum für Ausbildung ausländischer Söldner**

Hochpräzise Raketen des Küstenraketen systems Bastion sollen in der Nähe des ukrainischen Dorfes Krasnoselka nordöstlich von Odessa ein Sammel- und Ausbildungszentrum für ausländische Söldner zerstört haben. Dies erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow.

Zudem seien im Gebiet Donezk Waffen und militärische Ausrüstung der ukrainischen Militärreserven durch russische hochpräzise luftgestützte Raketen zerstört worden, die auf den Bahnhöfen Pokrowsk, Slawjansk und Barwenkowo im Donbass eingetroffen seien, hieß es weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624ff0e348fbef4a8276ea33.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Die BFU haben einen Raketenanschlag auf Kramatorsk verübt

Im Bereich des Bahnhofs von Kramatorsk, wo die örtliche Bevölkerung evakuiert wird, wurde ein Raketenanschlag verübt. Splitter einer Rakete eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ fielen in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs.

Dieser veraltete sowjetische Raketenkomplex ist in der Bewaffnung der DVR, der LVR und der Russischen Föderation nicht enthalten. Er wird aktiv von den ukrainischen Kämpfern genutzt.

10:43 de.rt.com: DVR: Ukraine beschießt Stadt Kramatorsk – mindestens 30 Tote

Die ukrainischen Streitkräfte haben nach Angaben der DVR die Stadt Kramatorsk im Donbass beschossen. Dabei sollen mindestens 30 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Ukraine beschuldigt Russland, für den Angriff verantwortlich zu sein. Fotos der Raketenreste widerlegen das.

Das Hauptquartier der DVR-Territorialverteidigung [berichtet](#), dass das ukrainische Militär die Stadt Kramatorsk im Gebiet Donezk mit einer Totschka-U-Rakete beschossen habe. Dabei seien Trümmerteile in der Nähe des Bahnhofs niedergegangen.

Die örtlichen ukrainischen Behörden behaupten dagegen, dass eine (russische) Iskander-Rakete auf den Bahnhof gestürzt sei, in dem sich Menschen aufhielten. Die ukrainischen Behörden erklärten, es gebe mindestens 30 Tote und 100 Verletzte.

Unterdessen betonte die DVR-Territorialverteidigung, dass dieses veraltete sowjetische Raketenkomplex Totschka-U weder in der DVR noch in der LVR noch in der Russischen Föderation heute noch im Einsatz sei. Die Totschka-U-Rakete wird derzeit aktiv nur noch von ukrainischen Kämpfern genutzt.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij [behauptete](#) auf Instagram dennoch, das russische Militär habe den Bahnhof mit einer Totschka-U-Rakete beschossen. Allerdings erklärte separat Aleksei Arestowitsch, ein Berater des Büroleiters von Selenskij, dass die Rakete, die auf den Bahnhof stürzte, eine russische Iskander-Rakete gewesen sei.

Nachstehend sind Reste der abgefeuerten Totschka-U-Rakete in Kramatorsk zu sehen. Dieses Foto wurde von der Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik [veröffentlicht](#).



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/VXyYsKjAB2iwJTQMB0I_39l0QQuleeQOqi6z2gQeKAYJ0N4LK2_w_okNrQjSb8m0peVXmEFZ7lH8u9QMNFYJcpgeaahEj3CJyjoMWCDYLk-Lw35xw10AbL4DX8sdi1PYqp_gZ11l4MBAfQFOZlmVxUanVK1NLPgy_Bnaf6M2a98uzi1Xizay8FwEzWkotrcBtbuLq1PvxxdSSOl3mMltPgBo7gOMqXRJscQ05q-DNxIxpZvR_wLby7VO47oKBDrlPmZTqPPd0xcvNxTBHW7CJo0_thcyv0AjM58x7kPLYlq8g0mYUCD5PemHab7FodDTGpXIDanUuNoF0GOSgopq-A.jpg

Und diese Fotos [zeigen](#) anschaulich, wie unterschiedlich die äußeren Umrisse von Totschka-U- und Iskander-Raketen sind. Auf dem ersten Bild ist eine Totschka-U-Rakete, auf dem zweiten und dritten sind die russischen Iskander-Raketen zu sehen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/V1jpRB05YEOzadKJW6xdPHyWEIkX3X7bGwCY4BBjLSScBrT4PJPZRfTlsxRyNaqOwp2KU6eOP55HZKCsDc8_JnhJwubr2bwGzKsvf2-b3-_j0NIyhAis5Lzr6aOoxUXYLZgKz7G6omUhZZWPkbK9zrimcHgSpmfFyzmPAkYu6h0e0XfMAJbNQ0Zg2jXzRPrmts7P8jHei1F0toaZu1cwzAJ2rDYZTL2-p5T9FU3ZKYqBxKpeC5EahPWds_b5yO_cL8CeJwYwsWE7TahXzMaZP4-KzPGnXI43Sl_3YcZj47BejoadQ5dSmTBQXIQH2CPQViHpucYI6PE-VP94QEGXA.jpg

Das Raketensystem Totschka-U ist ein mittlerweile veraltetes sowjetisches taktisches System,

das für Entfernungen bis zu 70 Kilometern eingesetzt werden kann. Dieser Raketenkomplex ist in der Lage, Raketen mit konventionellen, nuklearen und chemischen Sprengköpfen zu starten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624fff49b480cc4ee12c8788.jpg>

11:12 de.rt.com: **"Informationen müssen nicht solide sein" – Die neue Strategie der US-Geheimdienste**

Einem Bericht des US-Nachrichtensenders "NBC News" zufolge verfolgen die US-Geheimdienste eine neue Strategie. Demnach sollen selbst ungeprüfte Geheimdienstinformationen öffentlich gemacht werden, um so den "Informationskrieg" gegen Russland zu gewinnen.

In einem längeren Beitrag berichtet der US-Nachrichtensender NBC News über eine neue Strategie der US-Geheimdienste. Diese beinhalte das Publimachen von Geheimdienstinformationen, selbst wenn diese nicht überprüfbar seien. Damit wolle man Russland im "Informationskrieg" zuvorkommen.

Der Sender zitiert in seinem Bericht einen namentlich nicht genannten US-Beamten mit den Worten:

"Es müssen nicht unbedingt solide Informationen sein. [...] Es ist wichtiger, ihnen [den Russen], insbesondere Putin, zuvorkommen, bevor sie etwas tun."

Als Beispiel für diese neue Strategie führt NBC News die Behauptung der USA auf, dass Russland den Einsatz chemischer Kampfstoffe in der Ukraine vorbereiten könnte. US-Präsident Joe Biden hatte die Behauptung öffentlich aufgegriffen und wiederholt. Wie der Sender nun berichtet, hätten jedoch drei US-Beamte erklärt, es gebe keine Beweise dafür, dass Russland chemische Waffen in die Nähe der Ukraine gebracht habe. Die namentlich nicht genannten US-Beamten hätten gegenüber NBC News gesagt, die USA hätten die Informationen veröffentlicht, "um Russland davon abzuhalten, die verbotenen Kampfstoffe einzusetzen".

Dies sei eines von mehreren Beispielen dafür, dass die Biden-Regierung deklassierte Geheimdienstinformationen als Teil eines Informationskrieges gegen Russland einsetze. Die Regierung habe dies auch dann getan, wenn die Erkenntnisse "nicht felsenfest waren". Ziel sei es gewesen, den russischen Präsidenten Wladimir Putin "aus dem Gleichgewicht zu bringen". Zudem wolle man so der "Taktik des Kremls zuvorkommen und sie stören". Eine weitere anonyme Quelle, die in dem Bericht als "westlicher Regierungsvertreter, der mit der Strategie vertraut ist", beschrieben wird, erklärte gegenüber NBC News, dass es auch darum gehe, "Moskaus Propaganda zu untergraben und Russland daran zu hindern zu bestimmen, wie der Krieg in der Welt wahrgenommen wird".

"In Putins Kopf gelangen"

Dem Nachrichtensender zufolge räumten mehrere US-Beamte ein, dass die USA

Informationen auch dann als Waffe eingesetzt hätten, wenn das Vertrauen in die Richtigkeit der Informationen nicht groß gewesen sei. Manchmal habe man Informationen mit geringem Vertrauen zur Abschreckung eingesetzt, wie zum Beispiel bei dem schon erwähnten "Einsatz chemischer Kampfstoffe durch Russland". Auch habe man einfach versucht, so ein weiterer US-Beamter gegenüber NBC News, "in Putins Kopf zu gelangen".

Als "größten Erfolg" dieser neuen Strategie wird in dem Bericht die "Verzögerung der russischen Invasion um Wochen oder Monate" angeführt. Durch die frühzeitige Bekanntgabe der russischen Pläne habe "der Westen eine einheitliche Front bilden können". NBC News führt in seinem Bericht CIA-Direktor William Burns, einen ehemaligen Botschafter in Russland, an, der während einer Anhörung im US-Kongress sagte, dass er in all den Jahren, die er als Diplomat verbracht habe, zu viele Fälle gesehen habe, in denen die USA "die Informationskriege mit den Russen verloren hätten".

Doch dies sein nun anders. Und das sei "ein echter Vorteil für die Ukrainer". Laut NBC News sind sogar selbst die Republikaner begeistert von der neuen Strategie der Geheimdienste. Der Sender zitiert den republikanischen Abgeordneten Brian Fitzpatrick mit den Worten: "Sie haben mit Ihren Geheimdienstinformationen goldrichtig gelegen."

Und weiter:

"Ihre Entscheidung zur Freigabe, sowohl die Form als auch die Art und Weise, in der Sie dies taten, hat Leben gerettet. Schlafen Sie gut, und vielen Dank für diese Entscheidung."

Doch die neue Strategie habe auch ihre Tücken, so der Bericht weiter. Eine davon, so ein namentlich nicht genannter westlicher Beamter, sei, dass "ein eindeutiger Fehler der Glaubwürdigkeit der USA extrem schaden und Moskau in die Hände spielen würde".

Zuweilen habe die Biden-Regierung Informationen veröffentlicht, denen sie weniger vertraut habe und die eher Spekulation gewesen seien.

So hätten US-Beamte gegenüber Reportern vergangene Woche erklärt, dass sie über Informationen verfügen würden, die darauf hindeuten, dass Putin von seinen eigenen Beratern in die Irre geführt werde, weil die Berater Angst hätten, "ihm die Wahrheit zu sagen". Doch inwieweit Putin isoliert sei oder sich auf fehlerhafte Informationen verlasse, könne nicht überprüft werden, erklärte Paul Pillar, ein pensionierter US-Geheimdienstmitarbeiter, gegenüber NBC News. Pillar wörtlich:

"Es gibt keine Möglichkeit, diese Dinge zu beweisen oder zu widerlegen."

Auch für die Behauptung, Russland habe sich wegen möglicher militärischer Hilfe an China gewandt, gebe es keine stichhaltigen Beweise, zitiert der Nachrichtensender einen namentlich nicht genannten europäischen Beamten und zwei US-Beamte. Laut den US-Beamten gebe es keine Anzeichen dafür, dass China die Lieferung von Waffen an Russland erwäge. Die Biden-Administration habe dies als "Warnung" an China ausgesprochen, es nicht zu tun. Der europäische Beamte bezeichnete die Veröffentlichung dieser Information als "ein öffentliches Spiel, um jegliche militärische Unterstützung durch China zu verhindern".

Der Sender zitiert einen weiteren US-Beamten mit den Worten:

"Wenn wir darüber sprechen, muss es sich nicht unbedingt um solide Geheimdienstinformationen handeln."

Und weiter:

"Es ist wichtiger, ihnen – insbesondere Putin – zuvorzukommen, bevor sie etwas tun. Das ist präventiv. Wir wollen nicht immer warten, bis wir zu 100 Prozent sicher sind, dass sie etwas tun werden. Wir wollen ihnen zuvorkommen, um sie zu stoppen."

Wie NBC News weiter berichtet, habe sich nach der Veröffentlichung ihres Beitrags ein US-Beamter bei dem Sender gemeldet und erklärt, dass "die Bemühungen der US-Regierung um eine strategische Herabstufung von Geheimdienstinformationen zur Weitergabe an Verbündete und die Öffentlichkeit durch einen strengen Überprüfungsprozess durch den Nationalen Sicherheitsrat und die Geheimdienstgemeinschaft untermauert werden, um die Qualität der Informationen zu validieren und Quellen und Methoden zu schützen".

Der Beamte habe hinzugefügt, dass "wir die Freigabe von Geheimdienstinformationen nur dann genehmigen, wenn wir sicher sind, dass diese beiden Anforderungen erfüllt sind".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624fed1c48fbef4e19769cb8.jpg>

11:55 de.rt.com: **Bundespräsident Steinmeier befürwortet Kriegsverbrechertribunal gegen Putin und Lawrow wegen Ukraine-Krieges**

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat der Idee zugestimmt, den russischen Staatschef Wladimir Putin und Außenminister Sergei Lawrow wegen der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu stellen. Auf eine Frage, ob sich die beiden russischen Spitzenpolitiker wegen der Kriegsverbrechen, die die russischen Truppen in der Ukraine angeblich begangen hätten, vor dem Gerichtshof verantworten müssten, antwortete Steinmeier dem Spiegel:

"Alle, die für diese Verbrechen Verantwortung tragen, werden sich rechtfertigen müssen. Dazu gehören Soldaten. Dazu gehören militärische Befehlshaber. Und selbstverständlich auch diejenigen, die politische Verantwortung tragen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625005f248fbef34226215ca.jpg>

nachmittags:

13:18 (12:18) ria.ru: **Peskow erklärte die Worte über erhebliche Verluste während der Spezialoperation in der Ukraine**

Der Pressesprecher des Präsidenten Russlands, Dmitri Peskow, sagte gegenüber Reportern, er

beziehe sich auf die neuesten Daten des russischen Verteidigungsministeriums, die von erheblichen Verlusten während der Spezialoperation in der Ukraine sprachen.

Am Donnerstag bezeichnete Peskow im britischen Fernsehsender Sky News die erheblichen Verluste des russischen Militärs während einer Spezialoperation in der Ukraine als große Tragödie.

"Natürlich basierte es auf dieser Zahl. Wir haben nur die vom Verteidigungsministerium veröffentlichten Zahlen. Das ist die signifikante Zahl", sagte Peskow auf die Frage, auf welche Verlustdaten er sich stützte, wobei es sich um die letzten Zahlen aus dem Verteidigungsministerium handelt, noch von Ende März.

Das Verteidigungsministerium meldete Verluste in der russischen Armee bei dem Spezialeinsatz in der Ukraine am 25. März: 1.351 russische Soldaten seien getötet und über 3.800 verletzt worden. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/16/1774430658_0:0:3101:1744_1280x0_80_0_0_864042c7072cca7d361bca8beef5ae05.jpg

colonelcassad.livejournal.com (Boris Roshin): **Provokation in Kramatorsk**

Kurz zu Kramatorsk.

1. Infolge eines Treffers einer taktischen Rakete auf den Bahnhof von Kramatorsk (DVR, noch ukrainische besetzt; Anm. d. Übers.) wurden 30 Zivilisten getötet und 100 verletzt.
2. Die Ukraine erklärte sofort, dass Russland die Menschen, die die Stadt verlassen wollten, beschossen habe und dass es eine „Iskander-Rakete“ mit Kassettenmunition gewesen sei.
3. Als Fotos von Fragmenten der Rakete erschienen, erwies sich, dass es eine „Totschka-U“ war, die die ukrainischen Streitkräfte einsetzen. Selenskij schaltete danach um und begann zu behaupten, dass das keine „Iskander“ war, wie Arestowitsch und Kirilenko mitgeteilt hatten, sondern eine „Totschka-U“, nur eine russische.
4. In den Streitkräften der RF sind die „Totschka-U“ offiziell im Zusammenhang mit dem Übergang zu „Iskander“ aus dem Bestand der Raketenbrigaden genommen worden. Es gibt kein einziges Video, auf dem im Kampf „Totschka-U“-Raketen der Streitkräfte der RF oder der Armeen der DVR und LVR im Donbass eingesetzt werden (selbst wenn man annehmen würde, dass nun begonnen werde, sie aus Langzeitlagern zu holen). Dagegen gibt es eine Menge von Videos von Kampfeinsätzen von „Iskander“ und anderen Raketentypen. Gleichzeitig setzt die Ukraine überall „Totschka-U“ ein, unter anderem auch für einen Schlag auf Donezk, wo der SBU speziell im Vorfeld dieses Schlags über Strohmannen in den sozialen Netzwerken eine Kundgebung zu organisieren versuchte.
5. Die Rakete kam vermutlich von Südwesten. Nach einigen Angaben wurde sie abgeschossen. Nach anderen funktionierte sie normal. Auf der Rakete gab es überall die Aufschrift „Für die Kinder“.

6. Es muss auch angemerkt werden, dass die Bevölkerung des Donbass, darunter die von Slawjansk und Kramatorsk, von den ukrainischen Streitkräften als illoyal angesehen wird (in der Ukraine haben die Einwohner des Donbass praktisch kein Wahlrecht), deshalb können sie leicht geopfert werden.



https://ic.pics.livejournal.com/colonelcassad/19281164/3121263/3121263_900.jpg

13:00 de.rt.com: **NATO-Chef Stoltenberg: Können Kiew jahrelang mit Waffen beliefern**

Die NATO-Staaten sind bereit, die Ukraine auf Jahre hinaus für den Kampf gegen Russland mit Waffen zu beliefern. Das bekräftigte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Freitag in einem Interview mit dem britischen Radiosender BBC 4.

Er könne nicht auf einzelne Waffensysteme eingehen, sagte Stoltenberg, aber die Effekte der bereits in die Ukraine gelangten Waffen seien jeden Tag zu beobachten. Der Generalsekretär des transatlantischen Militärbündnisses erklärte:

"Wir sehen all das zerstörte russische Kriegsgerät und wir sehen, dass die Ukraine die Fähigkeit hat, russische Raketen und Flugzeuge abzuschießen."

Stoltenberg fügte hinzu: "Die Alliierten sind bereit, mehr und auch modernere und schwerere Waffen zu liefern."

Nachdem die Lieferung schwerer Waffen aus Sorge vor einer Eskalation des Konflikts bislang nicht zur Debatte stand, hatten die NATO-Außenminister bei ihrem am Mittwoch in Brüssel stattgefundenen Treffen einen Kurswechsel eingeläutet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625012ed48fbef5282090bc4.jpg>

13:22 de.rt.com: **Kosovos Präsidentin beharrt auf NATO-Mitgliedschaft – Russland destabilisiere gesamten Westbalkan**

Kosovo hatte bereits vor einigen Wochen die USA und ihre Verbündeten dazu aufgefordert, die Aufnahme des Landes in die NATO zu beschleunigen. In einem Interview betonte nun die Präsidentin der abtrünnigen serbischen Provinz, dass nichts die Pläne Pristinas, der Allianz beizutreten, aufhalten könne.

Kosovo sei das Land, das sich weltweit am stärksten zu der von den USA angeführten Militäralianz NATO sowie der EU bekenne. Das erklärte Vjosa Osmani, die Präsidentin der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo, in einem Interview mit dem Sender Al Jazeera. Die 39-Jährige war jüngst zu einem offiziellen Besuch in Katar.

Schon mehrmals in der Vergangenheit hatten sich die politischen Vertreter von Kosovo ähnlich geäußert. Der ehemalige Premierminister Ramush Haradinaj hatte gar in einem Interview erklärt, dass Pristina gar keine eigene Außenpolitik habe, sondern zu einem "Klub von Ländern" gehöre, die von den USA angeführt würden.

Die Politik im Kosovo, das sich 2008 für unabhängig erklärt hatte – was Serbien bis heute offiziell nicht anerkennt – hält seit Jahren unbeirrt an dem Ziel einer NATO-Mitgliedschaft fest. Das Thema steht ganz oben auf der außenpolitischen Agenda in Pristina. Auch der Beitritt zur Europäischen Union ist eines der erklärten Hauptziele.

Gleich nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine forderte Pristina die USA und ihre Verbündeten dazu auf, die Aufnahme des Balkanlandes in die NATO zu beschleunigen. Auch die Errichtung eines "ständigen Stützpunktes" der US-amerikanischen Streitkräfte in Kosovo erachtete der Verteidigungsminister in Pristina als "dringend nötig". Denn so könnten "Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem westlichen Balkan und darüber hinaus" gewährleistet werden.

Nun sprach die kosovarische Präsidentin im Interview mit Al Jazeera erneut von einer Notwendigkeit der NATO-Präsenz in diesem Teil Europas – erneut vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Osmani warf gar Russland vor, dass es "mit dem gleichen Ansatz" wie in der Ukraine fortfahren werde. Und zwar anderen Ländern, "die sich für den euro-atlantischen Weg entscheiden, zu drohen und ihnen auch damit zu drohen, dass man wie in der Ukraine verfahren werde." Sie fügte hinzu:

"Aber das sollte uns nicht davon abhalten, der NATO beizutreten."

Osmani erklärte, dass die NATO ihrer Ansicht nach nicht nur eine Militärmaschine, sondern ein wertebasiertes System sei. Sie betonte in diesem Zusammenhang:

"Wir wollen dem Bündnis wegen der Werte beitreten, die es vertritt, aber auch wegen der Sicherheit, die es der Region bringen würde."

Laut Osmani habe die Aufnahme der Länder Albanien, Montenegro und Nordmazedonien in die transatlantische Militärallianz der Region mehr Sicherheit gebracht.

Bereits Mitte März berichtete die Nachrichtenagentur Reuters, dass die kosovarische Präsidentin in einem Brief an US-Präsident Joe Biden die Bitte geäußert habe, den Einfluss Washingtons in den NATO-Mitgliedstaaten zu nutzen und ihrem Land zu helfen, dem Militärbündnis beizutreten. In dem Schreiben, das auf den 10. März datiert sein soll, habe die 39-Jährige betont, dass "nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine der Beitritt zur NATO ihre wichtigste nationale Sicherheitspriorität" sei. Das sei "eine Notwendigkeit".

In dem Brief führte Osmani an:

"Wir sind den anhaltenden Bemühungen Russlands ausgesetzt, das Kosovo zu untergraben und den gesamten westlichen Balkan zu destabilisieren."

Vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts bezeichnete Osmani in ihrem Interview mit Al Jazeera Moskau auch als eine Gefahr "für die Demokratie". Vor allem, wenn der russische Präsident Wladimir Putin bekomme, was er wolle, sei "das das Ende der Demokratie". Es sei "das Ende der Regeln des Völkerrechts". Alle Länder, ob groß oder klein, müssten sich vereinen, um dies zu verhindern und "sicherzustellen, dass das Putin-Regime fällt."

Im Kosovo sind derzeit rund 3.700 NATO-Soldaten stationiert, davon 600 aus den USA. Die selbst ausgerufene Unabhängigkeit der abtrünnigen serbischen Provinz wird auch von vier NATO-Mitgliedsländern – Spanien, Rumänien, der Slowakei und Griechenland – nicht anerkannt.

Laut der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, die nach dem völkerrechtswidrigen Angriff der NATO auf Jugoslawien 1999 die Grundlage für eine Stationierung der internationalen Truppen unter der Leitung der NATO bildet, besitzt Kosovo keine eigene Armee – lediglich leicht bewaffnete Sicherheitskräfte.

Den Bombardierungen Jugoslawiens ging ein bewaffneter Konflikt zwischen den albanischen Separatisten der sogenannten "Befreiungsarmee des Kosovo" (UÇK) und der Armee und Polizei Serbiens voraus.

Doch die leicht bewaffneten Sicherheitskräfte Kosovos sind in den vergangenen Jahren mit materieller Unterstützung der transatlantischen Militärallianz modernisiert und ausgebildet worden. Vor wenigen Jahren hatten die Behörden in Pristina gar angekündigt, die Einheiten stufenweise in vollwertige Streitkräfte umzuwandeln. Das wiederum hatte in Belgrad scharfen Protest ausgelöst – vor allem aus Sorge um die Sicherheit der wenigen verbliebenen Serben (noch rund 100.000) in der abtrünnigen Provinz. Die serbische Armee hatte sich 1999 wie vereinbart aus Kosovo zurückgezogen. Seitdem sollen die dort stationierten internationalen Soldaten für die Sicherheit aller Bewohner sorgen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/624d8355b480cc51a572f99c.jpg>

13:32 de.rt.com: **Japan erklärt acht russische Diplomaten zu Personae non gratae**

Die japanische Regierung hat beschlossen, acht russische Diplomaten auszuweisen. Trotz der zu erwartenden symmetrischen Reaktion Moskaus. Das japanische Fernsehen berichtete, dass der Tod von Zivilisten in der Ukraine die Haltung Tokios verändert habe.

Japanische Behörden haben beschlossen, acht russische Diplomaten auszuweisen. Dies meldet die Nachrichtenagentur Kiodo unter Berufung auf das Außenministerium des Landes.

Russland werde auf Tokios Entscheidung symmetrisch reagieren, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

Zuvor hatte der Fernsehsender Fuji TV unter Berufung auf Quellen über die mögliche Ausweisung russischer Diplomaten berichtet. Den Quellen zufolge sei die japanische Regierung "vorsichtig" mit dieser Idee umgegangen, habe aber ihre Meinung aufgrund von Berichten über den Tod von Zivilisten in der Ukraine geändert. Am 6. April zitierte die Zeitung Sankei eine japanische Regierungsquelle mit der Aussage, dass Tokio wahrscheinlich keine russischen Diplomaten ausweisen werde, weil die symmetrische Reaktion Moskaus die Arbeit der Konsulate behindern würde.

Am Freitag will Tokio weitere Sanktionen gegen Russland ankündigen. Vorläufigen Berichten zufolge handelt es sich dabei um Beschränkungen für Kohleeinfuhren aus dem Land.

Nachdem Bilder und Videos aus der ukrainischen Stadt Butscha aufgetaucht waren, die Dutzende von Leichen in Zivilkleidung zeigten, begannen Nationen weltweit mit der Ausweisung russischer Diplomaten.

Das russische Verteidigungsministerium bezeichnete das Material als Provokation und erklärte, dass das russische Militär die Stadt am 30. März verlassen habe. Während die Stadt unter der Kontrolle des russischen Militärs gestanden habe, seien keine Einwohner zu Schaden gekommen, hieß es.

Aus dem russischen Außenministerium hieß es, die Materialien aus Butscha zielten darauf ab, die russisch-ukrainischen Gespräche zu stören. Die meisten Teilnehmer der Sitzung im UN-Sicherheitsrat, darunter Indien und China, erklärten, dass eine internationale Untersuchung des Vorfalls erforderlich sei.

Unterdessen kündigte die Bundesregierung die Ausweisung von 40 Diplomaten an, Frankreich 35, Italien 30, Lettland und Estland 27. Auch Spanien, Dänemark, Schweden und weitere Länder haben ähnliche Maßnahmen angekündigt. Seit Anfang des Jahres wurden insgesamt rund 400 russische Diplomaten ausgewiesen, so viele wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums bezeichnete die Ausweisung der Diplomaten als einen Versuch, Russland politisch zu bestrafen. Das Ministerium werde

Vergeltung üben.

Kremlsprecher Peskow sagte, die Aktionen der westlichen Länder "schließen das Fenster für die Diplomatie". Er bezeichnete die Ereignisse in Butscha als eine "gut inszenierte tragische Show", mit der versucht werde, die russische Armee zu verleumden". Die Anschuldigungen gegen das russische Militär bezeichnete Peskow als haltlos.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62500bd3b480cc48e836e98d.jpg>

14:25 de.rt.com: **EU billigt fünftes Sanktionspaket gegen Russland**

Die Europäische Union hat am Freitag ein fünftes Sanktionspaket gegen Russland wegen der Situation in der Ukraine verabschiedet, wie der EU-Ministerrat in einer Erklärung mitteilte. Zu den neuen Strafmaßnahmen gehören ein Verbot von Kohleimporten aus Russland ab August 2022, ein Verbot für Schiffe unter russischer Flagge, EU-Häfen anzulaufen, sowie weitere Beschränkungen für den Handel mit Russland, etwa bei Quantencomputern, Halbleitern und Flugbenzin. Produkte wie Holz, Wodka, Zement und Meeresfrüchte sollen außerdem nicht mehr in die EU importiert werden. Darüber hinaus dürfen russische Unternehmen nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen in den EU-Staaten teilnehmen. Ebenso Teil des Sanktionspakets ist ein vollständiges Transaktionsverbot zulasten vier wichtiger russischer Banken, zu denen die zweitgrößte russische Bank VTB zählt. Auch die Liste der persönlichen Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen wird erweitert. Hinzu kommt, dass weitere Personen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Sanktionsliste kommen sollen. Das bedeutet, dass sie nicht mehr in die EU einreisen dürfen und etwaige Vermögen in der EU eingefroren werden.

Damit die Sanktionen in Kraft treten können, müssen die notwendigen Rechtsakte nun im schriftlichen Verfahren angenommen und im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden. Diese Schritte gelten als Formalie und sollen an diesem Freitag abgeschlossen werden.

telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Außenministerin der DVR: Juristische Grundlagen für eine Verlängerung der Tätigkeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der Republik gibt es nicht**

Auf einer Pressekonferenz unter Beteiligung ausländischer Massenmedien berichtete die Außenministerin Natalja Nikonorowa über die Position der Republik bezüglich der Tätigkeit der OSZE-Mission:

„Das Außenministerium der DVR hat einen Entwurf eines Erlasses des Staatlichen Komitees für Verteidigung darüber erstellt, dass die weitere Tätigkeit der OSZE-Mission auf dem Territorium der der Donezker Volksrepublik nicht rechtmäßig ist. Wir schlagen vor, dass dieser Erlass in der nächsten Zeit angenommen wird“.

Die Ministerin berichtete über den Hintergrund einer solchen Entscheidung, vor allem über

die Unklarheit des Status' der Mission seit dem 31. März 2022:

„Am 31. März fand eine Sitzung des ständigen Rats der OSZE statt, bei dem die Mitgliedsstaaten dieser Organisation keinen Konsens bezüglich des weiteren Schicksal der OSZE-Mission erzielten. Dies bedeutet, dass deren weitere Tätigkeit nicht mehr den Satzungsdokumenten der Organisation entspricht und keine juristischen Grundlagen hat. Die Fortsetzung ihres Aufenthalts auf dem Territorium der DVR und die Tatsache, dass nicht einmal Versuche unternommen werden, die Mission zu beenden, erklärten Mitarbeiter der OSZE-Mission mit irgendwelchen unklaren Argumenten bezüglich des administrativen Status der Feldoperation der OSZE. Aber ein solcher Status ist in den Dokumenten der Organisation nicht vorgesehen.“

Außerdem teilte Natalja Jurjewna mit, dass ein Mitarbeiter der OSZE wurden den Rechtsschutzorganen der DVR festgenommen wurde, zur Zeit wird eine den Ermittlungen vorangehende Überprüfung durchgeführt, aber es gibt begründete Grundlagen anzunehmen, dass einige Vertreter des örtlichen Personals der Mission sich mit rechtswidrigen Tätigkeiten auf dem Territorium der Republik befassten.

14:50 de.rt.com: **Moskau: 12.000 russische Pässe an Flüchtlinge aus der Ukraine verteilt**

Nach Angaben des russischen Innenministeriums wurden bislang rund 12.000 russische Pässe an Flüchtlinge aus der Ukraine ausgegeben. Bislang hätten mehr als 18.000 Menschen aus der Ukraine sowie den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, dessen Unabhängigkeit Moskau jüngst anerkannt hat, einen Antrag auf die russische Staatsangehörigkeit gestellt.

Nach Angaben des Innenministeriums in Moskau seien mit Stand 30. März etwa 500.000 Menschen vor dem Konflikt im Nachbarland nach Russland geflüchtet. Darunter seien etwa 100.000 Kinder. Etwa 25.000 Menschen, darunter 10.500 Kinder, wohnten derzeit in 800 Notunterkünften.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62502387b480cc176248d8c6.jpg>

15:18 de.rt.com: **Russisches Militär macht Ukraine für Raketenangriff auf Bahnhof in Kramatorsk verantwortlich**

Das russische Verteidigungsministerium dementierte, das russische Militär habe einen Raketenangriff auf den Bahnhof in der ukrainischen Stadt Kramatorsk durchgeführt. Verantwortlich für die Attacke soll die Ukraine sein, die jegliche Aussagen Russlands bestreitet.

Das russische Verteidigungsministerium betonte, dass Russlands Militär keinen Raketenangriff auf den Bahnhof der ukrainischen Stadt Kramatorsk durchgeführt hat, auch wenn die Stadt unter der Kontrolle der Ukraine sei. Laut Ministerium haben ukrainische Truppen den Bahnhof von Kramatorsk aus der 45 Kilometer entfernten Stadt Dobropolje angegriffen. In der Erklärung heißt es:

"Die russischen Streitkräfte haben am 8. April in der Stadt Kramatorsk keine Schießaufgaben ausgeführt oder geplant."

Das russische Verteidigungsministerium unterstrich, Erklärungen der ukrainischen Behörden über einen angeblichen russischen Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk am 8. April seien "eine Provokation und entsprechen der Wirklichkeit in keiner Weise". Zudem erklärte das russische Militär:

"Wir betonen ausdrücklich, dass die taktischen Totschka-U-Raketen, deren Wrackteile in der Nähe des Bahnhofs von Kramatorsk gefunden wurden und deren Bilder von Zeugen veröffentlicht wurden, ausschließlich von den ukrainischen Streitkräften verwendet werden." Auch der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow wies die Erklärungen der ukrainischen Behörden zurück. Peskow wörtlich:

"Man sollte sich hier zunächst von der Erklärung des Verteidigungsministeriums leiten lassen, die den Einsatz dieser Rakete durch unsere Streitkräfte ausschließt. Unsere Streitkräfte setzen diesen Raketentyp nicht ein."

Unterdessen veröffentlichte die ukrainische Seite Fotos von Totschka-U-Raketen, die bei der russisch-weißrussischen Übung "Unionsbeschluss 2022" im Februar eingesetzt worden sind. Über diese verfüge aber nur das weißrussische Militär, nicht das russische, so das Verteidigungsministerium weiter.

In diesem Zusammenhang erinnerte das russische Ministerium daran, dass am 14. März eine ähnliche Totschka-U-Rakete eines Bataillons der 19. Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte im Zentrum von Donezk einschlug, wobei 17 Menschen vor Ort getötet und 36 weitere Zivilisten verletzt wurden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6250291948fbef6d413e955e.jpg>

15:48 de.rt.com: **Telefonaufzeichnungen geben Aufschluss über die Geschehnisse bei Kiew**

Auf der Suche nach Beweisen für angebliche Gräueltaten russischer Soldaten bei Kiew haben ukrainische Sicherheitsbeamte und westliche Journalisten etwas gänzlich anderes gefunden. Mitgehörten Telefonaten zufolge führt die Spur zu ukrainischen Landwehren.

Ukrainische Sicherheitsbeamte und westliche Journalisten, die nordwestlich von Butscha in der Region Kiew nach Belegen für Gräueltaten russischer Soldaten suchten, fanden keine Anzeichen für Menschenrechtsverletzungen seitens der Letzteren. Dies geht aus Telefonaufzeichnungen hervor, die RT exklusiv vorliegen, und deren Echtheit nicht überprüft

werden kann. Stattdessen schilderten die Einheimischen den Journalisten, dass die russischen Soldaten ihnen Essen gegeben und sie allgemein gut behandelt hätten. Hingegen beschwerte sich ein ukrainischer Beamter, dass die Landwehr der ukrainischen Seite in der Stadt "alles geplündert" habe.

In mehreren Satellitentelefonaten berichtet ein Reporter (in den Aufnahmen nur als "Simon" zu identifizieren), seinen Kollegen von den Ergebnissen seiner Recherchen, die er zu Fuß vornimmt. In Borodjanka, einer Stadt etwa 25 Kilometer nordwestlich von Butscha, habe er entgegen seiner Erwartung überhaupt keine Leichen auf den Straßen vorgefunden, so der Journalist.

Zwar sei die Stadt "in Schutt und Asche geschossen" worden, sagt Simon, "aber es gibt keinerlei Anzeichen für Rechtsverletzungen". Tatsächlich interviewten nach Simons Angabe er und sein Kamerateam mehrere Einwohner. Diese erklärten, die russischen Truppen seien sehr freundlich gewesen und hätten sie mit Lebensmitteln, Wasser und anderen Vorräten versorgt. "Und davon zeugen Aussagen vor unserer laufenden Kamera", betont der Journalist. "Ich weiß nicht, wovon der Staatsanwalt sprach, aber wir haben nichts dergleichen gesehen. Überhaupt nichts. Das ist ein ganz anderes Bild",

sagt Simon seinen Kollegen. Auch ein französischer Journalist habe zwar eine Leiche gesehen – die Person kam bei einem Granatenbeschuss ums Leben –, aber "keine Hinrichtungen".

Der Korrespondent beendet das Gespräch mit der Aussage, er wolle nach Butscha zurückkehren, um dort "Beweise für außergerichtliche Tötungen zu suchen, aber hier gibt es dafür keine Anzeichen".

Die Ukraine beschuldigt das russische Militär, in Butscha mehr als 400 Zivilisten ermordet zu haben, bevor es sich vergangene Woche aus der Stadt nahe Kiew zurückzog. Washington und seine Verbündeten sowie die westlichen Medien übernahmen die Behauptungen Kiews unkritisch und nehmen diese zum Anlass für weitere Sanktionen gegen Russland.

Moskau weist die Anschuldigungen jedoch wiederholt kategorisch zurück und erklärt, dass sich die russischen Truppen bereits am 30. März aus der Stadt zurückgezogen hatten.

Behauptungen über Massenmorde seien erst Tage später aufgetaucht, nachdem Kamerateams und ukrainische Sicherheitskräfte in der Kleinstadt eingetroffen seien.

"Landwehr hat alles geplündert"

Ein weiteres abgehörtes Gespräch zwischen zwei Beamten des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) gibt Aufschluss über die Situation in Kuchari, einer Stadt etwa 60 Kilometer nordwestlich von Butscha. Auch der Inhalt dieses Gesprächs widerspricht der vorherrschenden Medienberichterstattung aus Kiew und den NATO-Hauptstädten. Ein mutmaßlicher SBU-Beamter, der sich als Sergej Anatoljewitsch (respektvolle Ansprache mit Patronym und ohne Familienname) zu erkennen gibt und in der Ukraine übliche Schimpfausdrücke für Russen verwendet, spricht mit einem Mann mit dem Namen oder Funknamen Lessogor:

"Vom 24. März bis zum 3. April, nachdem wir die 'Orks' von hier vertrieben hatten, nachdem die Einheit, die sie vertrieben hatte, weiterzog, ist die Landwehr aus Malin eingetroffen ... und hat in dieser Zeit marodiert. Sie haben alles geplündert, was sie konnten. Sie brachen Türen auf und alles ... Tresore geöffnet, Autos gestohlen. Sie haben die Autos mit allem, was etwas wert war, vollgestopft und alles mitgenommen."

Malin ist eine nahe gelegene Stadt südwestlich von Kuchari, die aktuell vom ukrainischen Militär kontrolliert wird.

Ausgerechnet der SBU-Mann stellt die verhassten Russen ausdrücklich der eigenen ukrainischen Landwehr positiv gegenüber:

"Es stellt sich heraus, dass die 'Moskals' nichts mitgenommen haben, aber unsere Leute sind reingegangen und haben alles geplündert."

Als Lessogor fragt, welche Einheit genau geplündert habe, antwortet Sergej Anatoljewitsch, das wisse niemand so genau: "Einige sagen 'Wolhynien', andere sagen, noch jemand". Mit

"Wolhynien" ist die Landwehr der gleichnamigen Region im Westen der Ukraine gemeint. Die Gesetzgebung in der Ukraine wurde unlängst dergestalt angepasst, dass der Einsatz von Landwehren nun auch außerhalb ihrer jeweiligen Aufstellungs- und Verantwortungsgebiete erlaubt ist.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62503b6d48fbef3422621621.png>

17:06 (16:06) ria.ru: **Medwedew zählte die Folgen der Sanktionen gegen Russland auf**

Die illegalen Sanktionen seien vorübergehend und würden eines Tages enden, das Ergebnis würden eine zerstörte internationale Ordnung und schlimme Folgen für die Weltwirtschaft sein, und ihre Aufhebung werde von bravouröser Rhetorik über ihre hohe Wirksamkeit begleitet sein, was allerdings eine Lüge sein werde, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrats der Russischen Föderation Dmitri Medwedew.

„Illegale Sanktionen sind, wie alles auf dieser Welt, vorübergehend und werden eines Tages enden. Ihre Folge werden eine zerstörte internationale Ordnung und äußerst schwierige Folgen für die Weltwirtschaft und das Leben einzelner Länder sein. Gleichzeitig wird die Aufmerksamkeit der Wähler eine Reihe von Staaten wird auf ein untaugliches Objekt gelenkt, indem sie Russland für ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme verantwortlich machen“, schrieb er auf seinem Telegram-Kanal.

Laut Medwedew werden die Sanktionen mit Worten über ihre Wirksamkeit aufgehoben.

„Und selbst die Abschaffung der illegalen Sanktionen wird von bravouröser Rhetorik über ihre hohe Wirksamkeit begleitet sein. Obwohl bis dahin jedem klar sein wird, dass ihre Wirksamkeit eine absolute Lüge ist. Das sind die Gesetze des Genres“, glaubt er.

„Illegale Sanktionen führen immer zu einer Verschlechterung des Systems des Völkerrechts. Die derzeitigen Maßnahmen illegaler Einflussnahme, die in Breite, Umfang und Grad des Zynismus beispiellos sind, werden einen weiteren Zusammenbruch aller internationalen Institutionen, einschließlich in erster Linie der UNO, verursachen und die völlige Missachtung der Normen des Völkerrechts“, schrieb Medwedew.

Er stellte fest, dass dies insbesondere am Donnerstag mit dem Menschenrechtsrat (HRC) bei der UNO geschehen sei. „Er hat seine Legitimität für Russland verloren. Auch die diplomatischen Beziehungen werden in eine völlige Sackgasse geraten, ihr Niveau mit einer Reihe von Staaten wird gesenkt oder sie werden vollständig abgebrochen“, sagte Medwedew. Zuvor hatte die UN-Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, mit der die Teilnahme der Russischen Föderation im UNHRC ausgesetzt wurde. Die Entscheidung, die aufgrund des Vorgehens Russlands in der Ukraine getroffen wurde, entzog der Russischen Föderation das Stimmrecht und das Rederecht im Rat. Als Reaktion darauf kündigte Russland an, dass es seine Befugnisse im Menschenrechtsrat aufgeben werde. ...



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/08/1758105402_0:0:3093:1741_1280x0_80_0_0_a9c919b4888b46f8bbe88ad7c4936634.jpg

17:59 (16:59) ria.ru: **Tschernyschenko bestritt Informationen über die massive Abwanderung von wissenschaftlichem Personal aus Russland**

Der stellvertretende Ministerpräsident Tschernyschenko dementierte Informationen über die massive Abwanderung von wissenschaftlichem Personal aus Russland.

Es gebe keine Massenabwanderung von wissenschaftlichem Personal aus Russland, wie einige Medien behaupten, die Regierung der Russischen Föderation werde das Programm der „Megastipendien“ nicht nur fortsetzen, sondern es auch auf der Grundlage neuer Realitäten modernisieren, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Dmitri Tschernyschenko am Freitag bei einem Treffen mit Vertretern der russischen Wissenschaft.

Bei dem Treffen wurden die Maßnahmen des Ministerkabinetts zur Unterstützung der Wissenschaft angesichts des Sanktionsdrucks von außen diskutiert.

„Der Staat, die Regierung tun alles, um unsere Forscher, wissenschaftlichen Kollektive, Organisationen und alle, die eine schwierige Zeit durchmachen, zu unterstützen“, sagte Tschernyschenko, zitiert vom Pressedienst des Büros des stellvertretenden Ministerpräsidenten.

„Wir sehen keinen massiven Personalabfluss, wie einige Medien schreiben, das ist ein guter Trend. Die Emotionen haben nachgelassen und alle beurteilen die aktuelle Situation verantwortungsbewusst“, betonte Tschernyschenko.

...

Heutzutage setzten viele ausländische Partner gemeinsame Forschungsprojekte mit russischen Wissenschaftlern aus, so dass einheimische Forscher Schwierigkeiten haben könnten, Finanzmittel für solche Projekte zu erhalten, fügte Tschernyschenko hinzu.

„Die formellen Beziehungen zu uns bleiben bestehen, einige von Ihnen könnten mit einer Reduzierung der Forschungs- und Entwicklungsmittel von Handelsunternehmen in Russland konfrontiert werden. Daher wird das Mega-Förderprogramm nicht nur fortgesetzt, sondern auch modernisiert“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident.

Tschernyschenko erinnerte daran, dass bis Ende 2022 die obligatorischen Anforderungen für Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften, die in internationalen Datenbanken indexiert sind, abgeschafft wurden. "Diese Entscheidung hat es ermöglicht, die Risiken und Ängste von Forschern und Dotenzen vor Sanktionen zu beseitigen", sagte er.

Die Regierung habe auch das Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation angewiesen, bis zum 1. Juni 2022 ein eigenes System zur Bewertung der Wirksamkeit der Forschung auf der Grundlage spezifischer angewandter Ergebnisse zu entwickeln, fügte der stellvertretende Ministerpräsident hinzu.

„Unser Land braucht heute mehr denn je konkrete wissenschaftliche Ergebnisse, die wir in der heimischen Industrie nutzen können ... Das vergangene Jahr der Wissenschaft und Technik hat gezeigt, dass wir eine Vielzahl wissenschaftlicher Leistungen erbringen ein gigantisches Potenzial“, betonte Tschernyschenko.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e5/0b/1d/1761244994_0:92:2000:1217_1280x0_80_0_0_ac99b8e95d5060b81a896bd4439c9aea.jpg

16:10 de.rt.com: **EU friert russische und weißrussische Vermögen im Wert von 30 Milliarden Euro ein**

Die EU-Staaten haben wegen des Ukraine-Krieges Vermögenswerte in Höhe von rund 30 Milliarden Euro von sanktionierten Personen und Einrichtungen aus Russland und Weißrussland eingefroren. Darunter seien Schiffe, Hubschrauber, Immobilien und Kunst, teilte die EU-Kommission am Freitag in Brüssel mit. Zudem seien Überweisungen in Höhe von 196 Milliarden Euro blockiert worden, hieß es.

17:37 (16:37) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium enthüllte den Zweck des Angriffs der BFU mit einer "Totschka-U" auf Kramatorsk**

Ukrainische Kämpfer hätten eine taktische Totschka-U-Rakete auf den Bahnhof von Kramatorsk abgefeuert, um den Massenexodus der Einwohner aus der Stadt zu stören, erklärte das russische Verteidigungsministerium.

Bewaffnete Formationen der Ukraine hätten nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums absichtlich eine Totschka-U-Rakete im Bereich des Bahnhofs Kramatorsk abgefeuert, wo sich in diesem Moment Tausende von Menschen aufhielten, berichtet TASS.

So versuche das ukrainische Kommando, die Evakuierung von Zivilisten aus Kramatorsk zu stören, um sie während der Feindseligkeiten als "menschlichen Schutzschild" einzusetzen, erklärte das Verteidigungsministerium.

„Der Zweck des Angriffs war es, den Massenexodus der Einwohner aus der Stadt zu unterbrechen, um sie als menschliche Schutzschilde zur Verteidigung der Positionen der Streitkräfte der Ukraine zu nutzen“, heißt es in der Erklärung.

Am Vormittag des 8. April traf eine taktische Totschka-U-Rakete das Gelände des Bahnhofs von Kramatorsk. Nach vorläufigen Angaben wurden 39 Menschen getötet, 87 weitere verletzt.



https://novorosinform.org/content/images/26/27/42627_720x405.jpg

16:50 de.rt.com: **Boston-Marathon verbannt Läufer aus Russland und Weißrussland**

Der Boston-Marathon hat weniger als zwei Wochen vor der Veranstaltung ein Startverbot für Läuferinnen und Läufer aus Russland und Weißrussland, die an der Veranstaltung teilnehmen wollten, verhängt.

In einer Erklärung der Organisatoren hieß es diesbezüglich, dass die Boston Athletic Association (BAA) heute bekannt gegeben habe, dass Russen und Weißrussen, die im Rahmen des offenen Anmeldeverfahrens für den Boston-Marathon 2022 oder den BAA 5K 2022 zugelassen worden seien und derzeit in einem der beiden Länder lebten, "nicht mehr" an beiden Veranstaltungen teilnehmen dürften.

Zugleich wurde angeführt, dass russische und weißrussische Staatsbürger, die derzeit nicht in einem der beiden Länder lebten, zwar laufen dürften, dass aber die Flaggen beider Nationen beim Marathon verboten sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6250372648fbef342262161e.jpg>

17:07 de.rt.com: **Erstarkter Rubel: Russland kauft Gold jetzt zu "ausgehandeltem Preis"**

Aufgrund des Erstarkens der russischen Währung hat Moskau beschlossen, seinen Ende März verkündeten Plan zum Goldankauf anzupassen. Das teilte die russische Zentralbank mit. Ab diesem Freitag soll das Edelmetall nun zu einem "ausgehandelten Preis" eingekauft werden.

Erstarkter Rubel: Russland kauft Gold jetzt zu "ausgehandeltem Preis"

Die Zentralbank der Russischen Föderation hat ihre Goldankaufsmethode aufgrund der Stärkung der heimischen Währung geändert und wird das Edelmetall nun zu einem "ausgehandelten Preis" kaufen. Das teilte die Regulierungsbehörde am Donnerstag in einer Pressemitteilung mit. Die Maßnahme tritt am heutigen Freitag in Kraft.

Am 25. März erklärte die russische Zentralbank, sie werde bis zum 30. Juni Gold zu einem Festpreis von 5.000 Rubel (52 US-Dollar) pro Gramm kaufen. Der Festpreis lag unter dem Marktwert, da Gold auf dem internationalen Markt zu etwa 62 US-Dollar pro Gramm gehandelt wird.

Die Maßnahme wurde eingeführt, um die russische Landeswährung zu stützen, die stark gefallen war, nachdem eine Reihe westlicher Länder, darunter die USA und die meisten EU-Länder, wegen des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine wirtschaftliche Sanktionen gegen Moskau verhängt hatten. Am 25. März lag der Wechselkurs noch bei rund 96 Rubel pro US-Dollar und 107 Rubel pro Euro.

In den vergangenen zwei Wochen hat die russische Währung jedoch an Wert gewonnen, nachdem Moskau als Reaktion auf die westlichen Sanktionen einen neuen Rubel-Zahlungsmechanismus für Erdgasexporte angekündigt hatte. Allein in dieser Woche stieg die Währung um 20 Prozent, erreichte am Donnerstag ein Sechs-Wochen-Hoch gegenüber den wichtigsten Währungen und notierte bei 75 Rubel pro US-Dollar und 81 pro Euro.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62501bedb480cc133717b516.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 8. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol die Ausrüstung einer Basisstation montiert, einen Verbindungskanal Donezk – Wolnowacha – Kalschik organisiert und einen Teil des Kabels Donezk – Wolnowacha – Mariupol in einer Länge von 610 Metern installiert. In Mangusch wurden Arbeiten zur Organisation eines Datenübertragungskanal für die Einheit des Zivilschutzministeriums der DVR erledigt, außerdem wurden Telefone für die Elektrizitätswerke und das Gericht angeschlossen.

In der Postfiliale von Granitnoje wurde eine Hardware für Kontooperationen angeschlossen. Spezialisten haben Renten an mehr als 600 Empfänger ausgezahlt.

Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR haben in den befreiten Gebieten Bürger registriert.

In einem Ambulatorium in Nowotroizkoje und im Stadtkrankenhaus von Wolnowacha wurde die Stromversorgung wieder in Betrieb genommen. In Bugas, Nikolajewka, Nowotroizkoje und Olginka wurden die Ambulatorien mit Medikamenten versorgt.

Im Mariupol haben ein Traumatologe und ein Chirurg 117 Patienten untersucht und behandelt, Ärzte sind Stadtteile gegangen, um der Bevölkerung medizinische Hilfe zu leisten.

Spezialisten der **Donezker Eisenbahn** haben an der Eisenbahnstation Wolnowacha 53 Meter Schienen der Strecke Wolnowacha – Karan repariert, die Arbeiten zum Wiederherstellung der Gebäude und des Daches des Verwaltungsgebäudes gehen weiter.

Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 18 Hektar untersucht. 2437 explosive Objekte wurden entschärft. Es wurde humanitäre Hilfe ausgegeben.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

18:09 (17:09) novorosinform.org: **Zahl der Todesopfer bei Tochka-U-Angriff auf Kramatorsk steigt auf 50 – Behörden**

Bei dem Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk seien 38 Menschen auf der Stelle gestorben, 12 weitere im Krankenhaus, sagte Pavel Kirilenko, Vorsitzender der von der Ukraine kontrollierten sogenannten „Staatlichen Regionalverwaltung Donezk“.

Die Tragödie, die sich am 8. April in Kramatorsk infolge eines Angriffs mit einer taktischen Tochka-U-Rakete ereignete, forderte das Leben von 50 Menschen. Insgesamt wurden sich 98 Einwohner in Krankenhäuser eingeliefert. Es wird erwartet, dass die Menschen weiterhin medizinische Hilfe suchen, schrieb Kirilenko auf seinem Telegram-Kanal.

"12 Menschen starben im Krankenhaus, 38 Bewohner starben sofort an Ort und Stelle", erklärte er.

Er fügte hinzu, dass unter den Hilfesuchenden 16 Kinder seien, 46 Frauen und 36 Männer. Am Vormittag des 8. April wurde der Kramatorsker Bahnhof von einer taktischen Tochka-U-Rakete getroffen. Das russische Verteidigungsministerium machte die ukrainische Seite für den Vorfall verantwortlich und betonte, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation und der LDVR diese veralteten Waffen nicht einsetzen.



https://novorosinform.org/content/images/26/30/42630_720x405.jpg

17:10 de.rt.com: **45 polnische Diplomaten müssen Russland bis 13. April verlassen**

Das russische Außenministerium hat mitgeteilt, dass 45 polnische Botschaftsangehörige Russland bis zum Abend des 13. April verlassen müssen. Dieser Schritt wurde von Russland als Gegenmaßnahme auf die Ausweisung von 45 russischen Diplomaten aus Polen getroffen. Der russische Botschafter in Polen, Sergei Andrejew, hatte vom polnischen Außenministerium eine Mitteilung über die Ausweisung von 45 russischen Diplomaten erhalten. Dies hatte der Botschafter am 23. März bekannt gegeben.

Dnr-sckk.ru (Webseite der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination): **Eine weitere blutige Provokation der BFU: ein Raketenschlag mit einer „Totschka-U“ auf friedliche Einwohner von Kramatorsk**

Heute, gegen 10:30 Uhr, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in dem zeitweilig besetzten Kramatorsk einen zielgerichteten Schlag auf den Bahnhof verübt, wo aktiv die Evakuierung von Einwohnern läuft. Infolge dieses terroristischen Aktes wurden massenhafte Opfer festgestellt.

Militärexperten und Analytiker des GZKK der DVR haben eine vergleichende Analyse aller Fakten aus zugänglichen Quellen vorgenommen, das Ergebnis zeugt davon, dass es sich offensichtlich um eine geplante blutige Provokation des Kiewer Regimes handelt.

Wie bekannt ist, haben offizielle ukrainische Sprecher anfangs erklärt, dass es sich um einen Raketenschlag auf den Bahnhof von Kramatorsk, angeblich mit einem operativ-taktischen Raketenkomplex „Iskander“, handele, über die die Streitkräfte der RF verfügen.

Nachdem klar wurde, dass auf dem Foto vom Ort der Tragödie klar Überreste eines taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ zu sehen sind, „berichtigte“ Selenskij sich und erläuterte, dass die Streitkräfte der RF angeblich eine „Totschka-U“ eingesetzt hätten.

Als „Bestätigung“ der Erklärung Selenskij verbreitete das Zentrum für spezielle informationspsychologische Operationen der BFU im Internet ein Foto von einer Starteinrichtung einer „Totschka-U“ von den russisch-belorussischen Übungen „Verbündete Entschlossenheit – 2022“ im Februar 2022.

Erster Fakt

Der Charakter des „Leitwerks“ der Rakete auf allgemein zugänglichen Fotos zeugt davon, dass der Schlag gerade unter Einsatz eines operativ-taktischen Raketenkomplexes „Totschka-U“ mit Kassettensprengkopf erfolgt ist.

Zweiter Fakt

Der operativ-taktische Raketenkomplex „Totschka-U“ wird von den Streitkräften der RF nicht eingesetzt: Alle Raketentruppenteile wurden erfolgreich und vollständig im November 2019 auf Raketen „Iskander-M“ umgerüstet.

Dritter Fakt

Die ukrainischen Spezialisten für informationspsychologische Operationen vergaßen, dass bei diesen Übungen außer den Streitkräften der RF auch ein derzeitiger Anwender von operativ-taktischen Raketenkomplexen „Totschka-U“ beteiligt war.

Die letzten beiden Fakten bestätigt das jährliche Bulletin mit einem Überblick militärischer Potentiale der Staaten der Welt „Military Balance“ (es wird vom Internationalen Instituts für strategische Forschungen seit 1959 in englischer Sprache herausgegeben), das in seinem Überblick Anfang 2002 die Streitkräfte der RF nicht als Anwender dieses Komplexes angibt. Der besonders zynische Charakter dieser blutigen geplanten Aktion wird von der offen provokativen Aufschrift auf der Rakete „Für die Kinder“ unterstrichen, von denen, die in acht Jahren zielgerichtet Kinder des Donbass vernichtet haben, sie in Wolnowacha, Mariupol, Charkow als lebenden Schild genutzt haben, Geburtskliniken, Schulen und Kindergärten beschossen haben.

Vor weniger als einem Monat, am 14. März, durchlebte unsere Hauptstadt eine Tragödie aufgrund eines Schlags der BFU auf das Zentrum der Stadt mit einer ebensolchen Rakete: 22 Zivilisten wurden getötet und 37 verletzt.

Wir trauern gemeinsam mit den Verwandten der Toten und wünschen allen unseren verletzten Landsleuten, die Opfer eines weiteren Kriegsverbrechens der BFU gegen ihr eigenes Volk geworden sind, eine möglichst schnelle Genesung.

Es ist offensichtlich, dass das Ziel dieser blutigen Aktion ist, zum Preis des Lebens des eigenen Volkes die Streitkräfte der Russischen Föderation und der Republik zu beschuldigen, indem man das „notwendige Bild“ für die Weltöffentlichkeit schafft.

Wir werden nicht aufhören dazu aufzurufen, die Informationen zu analysieren und Schlussfolgerungen zu ziehen, die auf offensichtlichen Fakten operieren, anstatt der verlogenen ukrainischen Propaganda Vertrauen zu schenken.

17:50 de.rt.com: Medwedew: Sanktionen gegen Russland sind Akt der Aggression

Der Ex-Präsident Russlands Dmitri Medwedew hat erklärt, dass Sanktionen in der gegenwärtigen Situation als ein Akt der Aggression gegen Russland, eine Form der hybriden Kriegsführung, bezeichnet werden könnten. Weiter hieß es:

"In diesem Fall hat der angegriffene Staat, d. h. Russland, das Recht auf individuelle und kollektive Verteidigung im Rahmen der nationalen Gesetzgebung und des Völkerrechts. Es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass Russland dieses Recht in der Form und innerhalb der Grenzen ausüben wird, die es für richtig hält."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62504d72b480cc2d4936696f.jpg>

abends:

18:20 de.rt.com: Berliner Behörden säubern sowjetisches Ehrenmal im Treptower Park nach Vandalismus

RIA Nowosti hat auf Telegram ein [Video](#) veröffentlicht, das zeigt, wie Einsatzkräfte in Berlin die Kriegsgräberstätte im Treptower Park säubern. Das Denkmal zur Erinnerung an die 1945 im Kampf um Berlin gefallenen sowjetischen Soldaten ist von Unbekannten in der Nacht zum Donnerstag mit Parolen beschmiert worden.

Die russische Botschaft in Berlin hatte eine Protestnote ans deutsche Außenministerium wegen des Angriffs auf das Ehrenmal eingereicht.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 8.4.22

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **3 Zivilisten verletzt**. 9 Wohnhäuser und 72 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten und zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Im Versuch, sich an der Macht zu halten, setzt Selenskij die blutigen Provokationen auf Anweisung westlicher Kuratoren fort und ermordet zielgerichtet friedliche Einwohner des Donbass.

Dieses Mal war der Bahnhof von Kramatorsk Ziel eines Schlags mit einem ukrainischen taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“ mit einem Kassettensprengkopf. Infolge des empörenden Akts der Aggression starben mehr als 30 Einwohner, mehr als 100 Zivilisten wurden verletzt.

Wir wollen daran erinnern, dass gerade mit einer solchen Raketen ukrainische Nationalisten der 19. Raketenbrigade der ukrainischen Streitkräfte am 14. März 2022 einen Schlag gegen eine Menschenansammlung im Zentrum von Donezk verübten, in deren Folge 22 Zivilisten starben und 37 verletzt wurden.

Selenskij und seinen Komplizen ist es absolut nicht wichtig, Einwohner welcher Stadt von seinen Nationalisten getötet werden, die Hauptsache für ihn ist, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass die Russische Föderation an ihrem Tod schuld ist.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 42 ukrainische Nationalisten, 3 Feuerpositionen von 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, einen 122mm-Mehrfachraketenwerfer „Grad“ und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. 2 Schützenpanzer und ein Lastwagen wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass **in den letzten Woche 33 Verteidiger der Donezker Volksrepublik** im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 153 wurden verletzt**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbeispiel für zukünftige Generationen sein werden.

Am 2. März 2022 führte eine Sturmgruppe des 2. Panzergrenadierbataillons der 5. Brigade

unter Kommando von Fähnrich Iwan Wiktorowitsch Osadtschij Aufklärung durch Kampf in Anadol durch, wo er auf eine Panzereinheit des Gegners stieß, die den Versuch eines Gegenangriffs unternahm. Fähnrich I.W. Osadtschij traf eine mutige Entscheidung und trat mit den überlegenen Kräften des Gegners in einen Kampf ein. Nachdem die Gruppe dank koordinierter Handlungen und fester Führung günstige Feuerpositionen eingenommen hatte, gelang es ihr, den Gegner zu stoppen, was es unseren Truppen erlaubte, sich umzugruppieren und einen Schlag gegen die angreifenden Kräfte der Nationalisten durchzuführen, den Gegenangriff zum Scheitern zu bringen und den Gegner zum Abzug zu zwingen. Während des Kampfes vernichtete die Einheit von Fähnrich I.W. Osadtschij 2 Panzer, ein Fahrzeug und 12 Kämpfer der nationalistischen Gruppierung „Ajdar“.

18:50 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee leitet Strafverfahren wegen Massaker von Kramatorsk ein**

Das russische Ermittlungskomitee hat bekannt gegeben, es habe ein Strafverfahren wegen der zahlreichen zivilen Opfer durch den Luftangriff der ukrainischen Streitkräfte auf Kramatorsk eingeleitet.

Zuvor hatte das Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR berichtet, dass ukrainische Truppen einen Totschka-U-Angriff auf Kramatorsk gestartet hatten. Dabei seien Trümmer bis in die Nähe des Bahnhofs geschleudert worden. Bei dem Angriff sollen 30 Menschen ums Leben gekommen sein.

Gleichzeitig werden von der ukrainischen Seite Berichte verbreitet, wonach die Stadt angeblich von russischem Militär angegriffen worden sei. Das russische Verteidigungsministerium betonte jedoch, es verfüge über keine Totschka-U-Raketen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6250570ab480cc182873a94e.jpg>

19:10 de.rt.com: **Slowakei liefert an Ukraine S-300-Luftabwehrsystem**

Die Slowakei hat an die Ukraine das Luftabwehrsystem S-300 geliefert. Dies teilte der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger am Freitag mit.

Das Pentagon wird die Slowakei vor diesem Hintergrund "in den nächsten Tagen" mit dem US-Flugabwehr-Raketensystem "Patriot" versorgen.

Das S-300 ist ein in Russland entwickeltes System. Die Slowakei ist heute das einzige EU-Land, das über ein S-300-Raketensystem verfügt.

20:19 (19:19) novorosinform.org: **Russische Truppen und die Volksmiliz der DVR drängen in den Hafen von Mariupol vor - Militärkorrespondent Pegow**

Der größte Teil des Hafengebiets sei bereits unter der Kontrolle der Verteidiger des Donbass. Truppen der Volksmiliz der DVR haben mit Unterstützung der russischen Streitkräfte den Hafen von Mariupol fast vollständig geräumt. Das berichtet das WarGonzo-Projekt. Zuvor

befreite die 5. Brigade der Volksmiliz der DVR die strategische Höhe, auf der sich der Leuchtturm befindet.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Besatzungen von Massengutfrachtern, die von Asow-Kämpfern (einer in Russland verbotenen extremistischen Organisation) im Hafen blockiert wurden, vor Beginn der Kämpfe mit dem Donbass-Militär in Kontakt traten. Die Matrosen waren mehr als einen Monat in Gefangenschaft. Dies sind Bürger Russlands und anderer Länder.



https://novorosinform.org/content/images/26/40/42640_720x405.jpg

19:30 de.rt.com: **Von der Leyen und Borrell reisen nach Kiew und Butscha – Treffen mit Selenskij**

Zum Ausdruck der Unterstützung und Solidarität Brüssels mit Kiew trafen am Freitag EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell in der ukrainischen Hauptstadt ein. Die Zusammenkunft mit dem Präsidenten Wladimir Selenskij begann im nördlich von Kiew gelegenen Butscha. Von der Leyen erklärte, in dieser Stadt sei "unsere Menschheit zerrüttet" worden. "Ihr Kampf ist unser Kampf", schrieb die Politikerin auf Twitter. Sie teilte außerdem mit, der Antrag der Ukraine auf einen EU-Beitritt solle schon zum Beginn des Sommers geprüft werden.

19:32 de.rt.com: **Russland bietet Weißrussland als Sicherheitsgarant für Ukraine an**

Russlands Außenminister Sergei Lawrow hat erklärt, Russland schlage Weißrussland als Sicherheitsgaranten für die Ukraine vor. Ihm zufolge wird die Liste der Garantieländer derzeit koordiniert. Darunter will Kiew Nachbarländer und Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sehen. Moskau hat Kiew vorgeschlagen, Weißrussland zu den Sicherheitsgaranten zu zählen. Dies sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit seinem armenischen Amtskollegen Ararat Mirsojan.

Lawrow wies darauf hin, dass die Ukraine Nachbarländer und eine Reihe anderer Staaten, einschließlich der ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat, unter den Garanten für ihre Sicherheit sehen möchte, vorbehaltlich ihres neutralen Status. Der russische Minister erklärte: "Wir haben vorgeschlagen, dass Weißrussland zu diesen Garantieländern gehören sollte. Und nun wird über all diese Fragen, einschließlich des gesamten Spektrums der Bürgschaftsländer eine Einigung erzielt. Wir sind dafür, dass Weißrussland dazu gehört."

Lawrow sagte auch, dass Russland es begrüßen würde, wenn Weißrussland sich an der Organisation von Gesprächen zwischen Kiew und Moskau über eine Friedensregelung beteiligen würde. Der Diplomat teilte mit:

"Weißrussland ist eine hervorragende Plattform für die Fortsetzung solcher Verhandlungen, auch wenn alles von der Zustimmung der Parteien abhängt und Treffen in anderen Ländern

und an anderen Orten nicht ausgeschlossen werden können."

Am Vortag, dem 7. April, erklärte Lukaschenko, dass die Verhandlungen über die Ukraine nicht ohne die Beteiligung von Weißrussland stattfinden könnten. Der weißrussische Präsident sagte:

"Es kann keine Verhandlungen ohne Beteiligung von Weißrussland geben. Wenn Sie uns – vor allem die westlichen Länder – in diese Angelegenheit hineingezogen haben, dann muss natürlich die Position von Weißrussland bei diesen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden."

Der Staatschef betonte, dass Weißrussland nicht in Feindseligkeiten verwickelt sei, diese aber "über den Zaun" kämen und die Lage im Land ernsthaft beeinträchtigten. Er schlug vor, dass die "drei slawischen Nationen auf gleicher Augenhöhe zu einer Vereinbarung kommen".

Wladimir Selenskij kündigte am selben Tag ein Treffen der potenziellen Sicherheitsgaranten an. Der ukrainische Präsident nannte die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, die Türkei, Polen, Deutschland, Frankreich und Israel, wies aber darauf hin, dass diese Liste unvollständig sei. Frankreich, Italien, das Vereinigte Königreich und Deutschland haben sich bereits bereit erklärt, die Bürgschaft für die Ukraine zu übernehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6250594948fbef6c855a75ee.jpg>

20:57 de.rt.com: **Finnland erlaubt Rückgabe beschlagnahmter Gemälde aus Museen an Russland**

Der finnische Zoll hat russische Gemälde beschlagnahmt, die von Ausstellungen in Italien und Japan zurückkehrten. Heute erlaubte Finnland ihre Rückführung nach Russland. Das russische Außenministerium erklärte, die Exponate fielen nicht unter die EU-Sanktionen.

Das Außenministerium Finnlands hat die Rückgabe russischer Kulturgütern, die an der finnischen Grenze aufgehalten wurden, an Russland erlaubt. Das finnische Außenministerium erklärte, dass aufgrund der Einführung neuer EU-Sanktionen am 9. April Änderungen im Sanktionsrecht in Kraft treten werden. Dazu gehört die Möglichkeit für die EU-Mitgliedstaaten, "Genehmigungen für den Transport von Kulturgütern im Rahmen der offiziellen kulturellen Zusammenarbeit nach Russland zu erteilen".

Olga Ljubimowa, die Leiterin des russischen Kulturministeriums, teilte auf Telegram mit, dass das Ministerium die Rückgabe von Sammlungen russischer Museen organisiere, deren Gegenstände vom finnischen Zoll zurückgehalten worden seien. Sie schrieb:

"Die Kunstwerke werden voraussichtlich am kommenden Wochenende in die Russische Föderation zurückkehren."

Es handelt sich um Gemälde und andere Museumsstücke aus der Eremitage, den Museen von Zarskoje Selo, Pawlowsk und Gatschina, der Staatlichen Tretjakow-Galerie und dem

Staatlichen Museum für Orientalische Kunst. Sie wurden auf zwei Ausstellungen in Italien präsentiert: "Grand Tour. Mythos, Vision und Sinn von Italien" (bis 27. März in Mailand) und "Die Form der Unendlichkeit" (bis 23. März in Udine). Darüber hinaus wurden auch Kunstwerke aus dem Puschkin-Museum am Zoll zurückgehalten, die im Chiba-Museum in Japan ausgestellt worden waren.

Laut Ljubimowa stellte die Europäische Kommission klar, dass Exponate, die an europäischen Ausstellungen teilgenommen haben, nicht auf der Sanktionsliste stehen. Sie stellte fest:

"Die Entscheidung der Europäischen Kommission ermöglicht es, die zuvor vom finnischen Zoll zurückgehaltenen Gemälde weiterzutransportieren."

Anfang dieser Woche hatte der finnische Zoll gemeldet, dass drei Warensendungen, die unter die EU-Sanktionen fallen, an der finnisch-russischen Grenze aufgehalten wurden. Michail Schwydkoi, der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten für internationale kulturelle Zusammenarbeit, stellte später klar, dass es sich bei den fraglichen Gütern um Gemälde aus russischen Museen handelt, die am Zoll hängen blieben, weil sich dort die Grenze Russlands zur EU befindet. Er erklärte, dass sich das Kulturministerium und die russischen Museen mit dem Problem befasst hätten, und versprach, dass die Gemälde "nach einigen bürokratischen Verfahren" in die Museumssammlungen zurückkehren werden.

Am 7. April wurde der finnische Botschafter Antti Helanterä ins russische Außenministerium einbestellt. Das Ministerium protestierte bei dem Diplomaten und erklärte, dass die Rückführung der Exponate in das Land nicht eingeschränkt werden dürfe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62504a5548fbef6ec03cc19b.jpg>